

Wer wählt den Bürgermeister?

Gemeindevertreter wehren sich gegen „Diktatur der Räte“

Unter dem Motto „Wer wählt denn eigentlich den Bürgermeister?“ mußte die kommunistische Presse in den letzten beiden Wochen eines der „heißen Eisen“ anfassen, die bei der Diskussion um die „Entfaltung der Demokratie“ geschmiedet worden sind. Es geht um die Stellung der Abgeordneten und Gemeindevertreter bei der laut Verfassung ausschließlich ihrer Entscheidung unterworfenen Frage, Zahlreiche Vorfälle haben der Bevölkerung Anlaß gegeben, an der Macht eines Abgeordneten, selbst wenn dieser der SED angehört, zu zweifeln. Im gleichen Maße aber wird die „Diktatur der Räte“ sichtbar, die im Rat des Kreises oder des Bezirks durch ihre willkürlichen Entscheidungen jede Abgeordneten-Tätigkeit sinnlos erscheinen lassen.

Zu dieser Diskussion kam es, nachdem in mehreren Orten der Zone im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen plötzlich Bürgermeister abberufen und neue nominiert wurden. Um den Schein zu wahren, hieß man die Gemeindevertretungen zusammenkommen, unterbreitete diesen aber einen fertigen Beschluß vom Rat des Kreises und dem „Demokratischen Block“ der Gemeinde, wonach dieser und jener Bürgermeister gewählt werden soll.

In den meisten Fällen ging dieses Verfahren anstandslos vonstatten. Die Gemeindevertreter resignierten, und der neue Bürgermeister wurde einstimmig „gewählt“. Dort aber, wo es zu Zwischenfällen kam, rüttelten diese an den Grundfesten der von der SED gefügten Ordnung. „Wozu brauchen wir noch Abgeordnete,“ erklärten die Zeugen solcher „Bürgermeisterwahlen“ und gingen — um manche Erkenntnis reicher — nach Hause. Andere Abgeordnete weigerten sich, künftig an der Arbeit im „Demokratischen Block“ teilzunehmen, wenn dieser über ihren Kopf hinweg bindende „Wahl-Empfehlungen“ gibt. Wichtig aber ist, daß in einigen wenigen Fällen solche „Wahlen“ rückgängig gemacht werden mußten!

Das hat — nachdem die Diskussion einmal in Gang gekom-

men war — zu den verschiedenartigsten Enthüllungen über die Tätigkeit der „Räte“ geführt. So üben die Räte der Kreise und Bezirke heute ihr Amt in 90 Prozent aller Fälle ohne Kontrolle durch die Abgeordneten aus. Der Abgeordnete ist „Aufklärer“ und „Instrukteur“. Jeder, der einem Abgeordneten einen sogenannten „Wählerauftrag“ gibt, könnte diesen besser direkt an den Rat des Kreises richten. Die Räte werden direkt von der SED eingesetzt und die Vertreter der bürgerlichen Parteien — denen man einige unwichtige Funktionen zuschiebt — werden nach SED-Kaderprinzipien im „Demokratischen Block“ ausgewählt.

Auf die Verfassung pochen

Nun ist es jedoch nicht ganz so unwichtig, welchen Bürgermeister eine Gemeinde besitzt. Auch wenn es auf jeden Fall ein SED-Bürgermeister sein wird, kann dessen persönliche Haltung und sein Auftreten gegenüber dem Rat des Kreises für die Gemeinde von entscheidender Bedeutung sein. Die Gemeinden sollten darum ihre Vertreter zwingen, auf die Spielregeln auch der sowjetzonalen Demokratie zu achten. Die Verfassung bietet ihnen hier Argumente genug. Erst wenn die Räte der Bezirke und Kreise überall ihren Bürgermeister

sitzen haben, ist der SED-Machtapparat vollkommen. Dann nämlich hat der Bürger überhaupt keine Möglichkeit mehr, sein Anliegen in die Mühle des Staatsapparates hineinzubringen. Ein von der Gemeinde eingesetzter Bürgermeister aber, auch wenn er der SED angehört, muß in einem gewissen Rahmen die Interessen dieser Gemeinde wahren.

Die Farce der Sowjetzonen-„Demokratie“, die keine Wahlen und keine ihren Wählern verantwortlichen Abgeordneten kennt, hat viele Bürger veranlaßt, sich um derlei Dinge überhaupt nicht mehr zu kümmern. Sie nehmen die Diktatur der Räte und SED-Leitungen mit Resignation und bedeutungsvollem Achselzucken hin: „Die machen ja doch, was sie wollen!“ Das aber stimmt nur zum Teil! Die SED kann nicht mehr machen, was sie will. Sie ist heute mehr denn je bestrebt, die Fassade der Demokratie zu wahren. Nie wäre sonst eine Diskussion wie diese in der Presse geführt worden. Die SED ist auf die politische Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen, wenn sich der bürokratische Staatsapparat nicht noch weiter von dieser Bevölkerung lösen soll. Ein aufgezwungener und mißliebiger Bürgermeister kann wohl Verfügungen erlassen, aber befolgen wird sie keiner. Hier liegt die Chance für den „Wähler“: Zwingt „Eure“ Abgeordneten, den Bürgermeister zu ernennen, den Ihr für vertretbar haltet! Bringt selbst Wahlvorschläge und beobachtet, ob und wie diese berücksichtigt werden! Nur so kann schrittweise wieder die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden hergestellt werden.

Verdientes Schicksal

DT. Selbstverständlich, jede kommunistische Partei ist in jedem Lande ein Fremdkörper, eine Filiale fremder Macht, eine Niederlassung Moskaus, das mit diesem billigen Mittel auf das politische Geschehen anderer Länder unerlaubten Einfluß nimmt. Diese Tatsache ist mit dem Bestand unabhängiger Staaten nicht gut vereinbar. Der revolutionäre Auftrag der kommunistischen Parteien kommt noch hinzu. Es ist gewiß richtig, daß Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU von der Möglichkeit gesprochen hat, „auch den parlamentarischen Weg für den Übergang zum Sozialismus auszunutzen“. In der gleichen Rede aber hat der gleiche Chruschtschow gesagt: „Es besteht kein Zweifel, daß der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die damit verbundene krasse Verschärfung des Klassenkampfes für eine Reihe kapitalistischer Länder unvermeidlich sind.“ Es leuchtet ein, daß ein demokratischer Staat zum Schutz seiner Freiheit berechtigt und verpflichtet ist, dieser angeblichen Unvermeidlichkeit rechtzeitig entgegenzutreten. In Wahrnehmung dieses Rechts hat das Bundesverfassungsgericht gestern auf Antrag der Bundesregierung die KPD, die im Sinne Chruschtschows den „gewaltsamen Sturz“ unserer staatlichen Ordnung betrieb, als verfassungswidrig erklärt und ihre Auflösung verfügt.

Recht und Politik

Das alles ist richtig und logisch, und niemand wird der KPD nachtrauern. Sie hat ein wohlverdientes Schicksal erlitten, das sie sich selbst bereitet hat. Dennoch wird das Karlsruher Urteil lebhaft und kritisch erörtert. Es geht dabei allerdings nicht um das Rechtlich-Grundsätzliche, sondern um das Politisch-Zweckmäßige. Zur grundsätzlichen Seite ist zu sagen, daß es sich bei dem Spruch nicht um einen politischen Akt, sondern um den

Rechtsakt eines höchsten, unabhängigen Gerichts handelt. Das Gericht hat in voller Freiheit entschieden; es konnte dem Antrag der Bundesregierung stattgeben und konnte ihn ablehnen. Das Maß seiner Entscheidung liegt ausschließlich im Recht.

Der Antrag der Bundesregierung dagegen war ein auf das Recht zielender Akt der Politik. Ist aber das zuständige höchste Gericht einmal mit ihm befaßt, dann ist er nur noch ein Rechtsfall, der unter dem Gesichtspunkt zu prüfen ist, ob die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, die gemäß der Verfassung und dem Gesetz eine Verurteilung der KPD vorschreiben. Wenn das Gericht im Ergebnis dieser Rechtsprüfung die Verfassungswidrigkeit der KPD bejaht, dann muß es aus dieser Überzeugung auch „Recht“ sprechen, — selbst wenn die Richter als Staatsbürger aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit Bedenken haben sollten. Die Frage der politischen Zweckmäßigkeit ist eine Vorfrage des von der Bundesregierung gestellten Antrages, die von ihr zu prüfen, zu beantworten und zu verantworten ist.

Die Frage der Zweckmäßigkeit

In dieser grundsätzlichen Sicht dürfte es über den Spruch von Karlsruhe keine Meinungsverschiedenheiten geben. Bedenken richten sich nur gegen den politischen Akt, der das Rechtsverfahren in Gang setzte; gegen die Zweckmäßigkeit des von der Bundesregierung gestellten Antrages. Hier ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die KPD mit dem demokratischen Stimmzettel freier Wahlen bereits bis zur Bedeutungslosigkeit geschlagen und dezimiert worden ist. Das ist ein Sieg des gesunden Menschenverstandes, der sicher mehr wiegt als die Auslöschung der Partei durch einen richterlichen Akt. Hinzu kommt, daß der Kommunismus im Untergrund möglicherweise mehr Interesse und eine größere Publizität findet als vorher, als er dank seines demokratisch fest-

gestellten Untergewichts aus dem öffentlichen Leben praktisch ausgeschaltet war. Schließlich hat der unterirdische Kommunismus der Bundesrepublik jetzt eine Manövriermasse von Wählern zur Verfügung (bei den Bundestagswahlen von 1953 waren es noch rd. 600 000), mit der er bei geschicktem gelenktem Einsatz manchen Unfug und manche Verwirrung in der deutschen Politik anrichten kann. Das sind Bedenken, die zwar nicht das gute Recht der Bundesregierung zu ihrem Vorgehen, aber seine Zweckmäßigkeit berühren. Andere Bedenken, die vorgebracht werden, sind dagegen kaum stichhaltig. Von einer Erschwerung der deutschen Einheit kann, wie wir bereits darlegten, ernstlich nicht die Rede sein. Eine erschwerende Haltung Pankows würde nur bestätigen, daß man dort die Wiedervereinigung überhaupt nicht will.

Nuschke an der Spitze

DT. Es war mit Sicherheit zu erwarten, daß die SED die vom Bundesverfassungsgericht verfügte Auflösung der westdeutschen KP mit einem Ausbruch äußerster Empörung beantworten würde. Überraschend aber ist es, daß sie von Otto Nuschke noch übertroffen wird. Wir haben nichts dagegen, wenn das Urteil „gescholten“ wird, es kommt nur darauf an, wie das geschieht. Nuschke aber hat auf einer Protestkundgebung die Richter von Karlsruhe mit Vergeltung bedroht und erklärt: „Wir sehen kristallklar in das blutunterlaufene Auge der faschistischen Reaktion.“ Er fügte noch hinzu, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer, wie das Verbot der KPD erkennen lasse, die Absicht kriegerischer Aggression gegen die DDR habe (!).

Das sind Formulierungen, mit denen sich Nuschke weit an die Spitze der kommunistischen

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richtlofen-Str. 2, II
Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Das Schicksal der Stefanskronen

Ungarns Nationalschätze waren im Salzburger Land versteckt
Salzburg (AP). Ungarns Nationalschätze, die Stephanskronen, die rechte Hand des heiligen Stephan und der ungarische Krönungsornat, waren zu Ende des Krieges in der kleinen Salzburger Ortschaft Mattsee versteckt.

Wie der Pfarrer von Mattsee, Kanonikus Strasser, dieser Tage vor ungarischen Flüchtlingen erklärte, sind diese jeder Bewertung sich entziehenden Schätze von dem damaligen ungarischen Reichsverweser Ferenc Szalasi auf der Flucht aus Budapest nach Österreich mitgenommen worden. Als sich die amerikanischen Truppen Mattsee näherten, habe Szalasi durch einen Offizier Kanonikus Strasser ersucht, ob er den Kronschatz aufbewahren könne. Der Priester übernahm nur die Reliquie und den Krönungsornat, die er im Diwan seiner Pfarrei versteckte. Für die Stephanskronen wagte Kanonikus Strasser infolge ihres hohen politischen und materiellen Wertes jedoch nicht die Verantwortung zu tragen. Sie wurde daraufhin von Szalasi in der Nähe von Mattsee vergraben. Kurz vor seiner Hinrichtung habe der seinerzeitige Reichsverweser jedoch den Amerikanern das Ver-

KPD-Verbot ohne Zwischenfälle

Kommunisten in den Gemeinden verlieren ihre Mandate
Bonn (DPA). Das Verbot der KPD habe nach Mitteilung eines Sprechers der Bundesregierung nirgendwo zu nennenswerten Zwischenfällen geführt. Demnächst werde die Bundesregierung einen zusammenfassenden Überblick über den Ablauf der Maßnahmen geben.

Es wurde weiter mitgeteilt, daß die inzwischen wieder aufgehobene Telefonsperre für den Bonner Korrespondenten der kommunistischen „Berliner Zeitung“, Gerst, nach Verkündung des KPD-Verbots nicht von Bundesbehörden angeordnet worden sei. Für die Ausführung des KPD-Verbots seien die Länder zuständig.

Düsseldorf (AP). Die KPD-Vertreter in den Gemeindeparlamenten von Nordrhein-Westfalen verlieren ihre Mandate, wie das Innenministerium in

Düsseldorf bekanntgegeben hat. Dies entspreche den Bestimmungen des Kommunalgesetzes von Nordrhein-Westfalen für den Fall eines Parteiverbots.

Jugendliche an der Grenze

Detmold (AP). Das Deutsche Jugendherbergswerk hat an den Grenzübergangsstellen zur Zone Kontaktstellen für jugendliche Wanderer aus Mitteleuropa eingerichtet. Sie erhalten dort einen Gästeweis, der zur kostenlosen Benutzung der Jugendherbergen im Bundesgebiet berechtigt, außerdem Wandergutscheine für eine Dauer bis zu drei Wochen, für die sie in den Jugendherbergen unentgeltlich Beköstigung bekommen.

Berlin (AP). Der Sowjetzonen-Grenzpolizei in Vacha ist eine sogenannte „Helfergruppe“ von 40 Jungen und Mädchen zugeteilt worden. In den letzten Wochen habe diese nach dem Vorbild der Dimitroff-Gruppen der bulgarischen Grenzmiliz ausgebildete Helfergruppe vier „Grenzverletzer“ festgenommen.

Unfall bei DEFA-Aufnahmen

Berlin (AP). Bei Dreharbeiten der Sowjetzonen-Filmgesellschaft „Defa“ auf der Bernauer Schleife zu dem Film „Das große Rennen“ ist ein mit dem Schauspieler Wilhelm Koch-Hooge besetzter Rennwagen an einer Steilkurve aus der Fahrbahn geraten. Dabei wurden nach einer Meldung der sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN Mitarbeiter des Aufnahmestabes verletzt. Vier der Verletzten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Sohle 1035 erreicht

Deutsche Bergungsfachleute dringen in die Todesstollen von

Marcinelle (AP). Der deutsche Grubensachverständige Georg Langer, der mit weiteren deutschen Bergungssachverständigen an den Bergungsarbeiten in der Grube von Marcinelle teilnimmt, hat erstmals seit der Katastrophe die Sohle 1035 Meter erreicht.

Diese Tiefe war das Ziel aller Anstrengungen, seit am 8. Au-

gust ein Grubenbrand 276 Bergleute einschloß, von denen nur wenige lebend geborgen werden konnten. Die 167 in den untersten Stollen vermuteten Bergleute müßten nun auf der Sohle 1035 Meter oder einer gerade im Ausbau gewesen noch tieferen Sohle sein. Leichen wurden nach den ersten Berichten noch nicht gefunden.

Bischof Dr. Wilhelm Weskamm †

Berlin (Eigenmeldung/DPA/AF). Der katholische Bischof von Berlin, Dr. Wilhelm Weskamm, ist am Dienstagabend um 18.14 Uhr nach langer schwerer Krankheit im 66. Lebensjahr gestorben. Am Dienstagmittag setzte ein neuer starker Kräfteverfall ein, bei dem der Bischof in einen Schlaf versank, aus dem er nicht mehr erwachte. Das Domkapitel hatte sich an seinem Sterbebett versammelt.

Die Beisetzung findet am Montag, dem 27. August, auf dem St. - Hedwig - Friedhof in der Liesenstraße in Wedding statt. Das feierliche Requiem beginnt in der St.-Sebastian-Kirche um 9 Uhr. Die Trauerpredigt hält Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger (Paderborn). Im Anschluß an den Trauergottesdienst wird der Sarg in feierlichem Zug zum St. - Hedwig - Friedhof übergeführt.

Bis zum Montag wird Bischof Weskamm in seiner Privatkapelle, Berlin-Zehlendorf-West, Bogotastraße 10, aufgebahrt. Die Kapelle ist von Mittwoch an zwischen 10 und 18 Uhr zugänglich.

Das ärztliche Kommuniqué über die eigentliche Todesursache liegt zur Stunde noch nicht vor. Die Westberliner Rundfunksender änderten sofort nach Bekanntwerden der Nachricht ihre Programme. In einer ersten Gedenksendung für Weskamm über den SFB erklärte der Generalvikar des Bistums Berlin, Josef Puchowski, dem Bischof sei es in seinem fünfjährigen Wirken in Berlin darum gegangen, eine lebendige Kirche zu schaffen. Er habe sich bemüht, angesichts der politischen Spaltung, die mitten durch die Diözese geht, den Existenzwillen im Bistum wachzurufen und einen Aktionswillen in die Glieder der Kirche hineinzutragen.

Weskamm, der zugleich Vorsitzender der Katholischen Ost-Bischöfs-Konferenz war, hat fünf Jahre lang als Bischof die religiösen Belange der in der Sowjetzone lebenden Katholiken wahrgenommen. Seine be-

sondere Sorge galt dabei der christlichen Unterweisung und Erziehung der Jugend sowie der Förderung des Priesternachwuchses. Das von ihm geleitete Bistum zählt gegenwärtig über 650 000 Katholiken und hat eine territoriale Ausdehnung von rund 35 000 Quadratkilometern.

Der Bischof mußte sich Anfang Dezember vergangenen Jahres einer Gallenoperation unterziehen, der wenige Wochen später eine Nierenoperation folgte. Nach einem mehrwöchigen Genesungsaufenthalt im Bundesgebiet kehrte er Ende Juni nach Berlin zurück und trat zum letztenmal auf der Berliner Bistumsfeier am 23. Juni in der Festhalle am Funkturm vor die Öffentlichkeit.



Einseitig und mangelhaft

Einé Antwort auf die „Wiskemann-Denkschrift“

Bonn (DPA). Die Bundesregierung veröffentlichte im Bulletin die Antwort des Göttinger Völkerrechtlers Prof. Kraus auf die englische „Wiskemann-Denkschrift“ zur Oder-Neiße-Linie. Darin werden mit völkerrechtlichen Argumenten die Thesen der Engländerin widerlegt, die die Oder-Neiße-Linie als endgültige Ostgrenze Deutschlands bezeichnet hatte:

1. Das geltende Völkerrecht verbietet die Annexion fremden Staatsgebiets, auch wenn es Gebiete eines Angreifers sind.
2. Das geltende Völkerrecht macht die Rechtmäßigkeit von Gebietswechsel von der Befragung der betroffenen Bevölkerung abhängig.
3. Die Atlantik-Charta enthält

einen rechtlich bindenden Verzicht auf Gebietswerb.

4. Auch die UdSSR hat die in dieser Frage seinen Kriegverbündeten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen verletzt.

Kraus folgert, es sei sehr bedauerlich, daß „eine derartig einseitige und durchaus mangelhaft fundierte Schrift, die den Anspruch erhebt, wissenschaftlich zu sein, unter dem Mantel eines so angesehenen Instituts erscheinen konnte, wie es das „Königliche Institut für internationale Angelegenheiten“ in London ist. Denn alles in allem genommen, läuft diese Schrift auf eine Verteidigung des Unrechts hinaus, das man Millionen deutscher Heimatvertriebener angetan hat.“

Sowjetspionage in Schweden

Radaranlagen verraten — Protestnote überreicht

Stockholm (AP). In Schweden ist ein neuer Fall sowjetischer Spionage aufgedeckt worden. Der 47jährige Anatole Eriksson gestand vor einem Stockholmer Untersuchungsgericht, das schwedische Radarnetz für die Flugabwehr an die Sowjetunion verraten zu haben. Die Unterlagen darüber standen ihm als Radarspezialisten des

schwedischen Elektrokonzerns L. M. Ericsson zur Verfügung. Das Stockholmer Untersuchungsgericht erhob gegen ihn Anklage wegen Landesverrates.

Eriksson, der als Instrumentenmacher bei der Elektrofirma arbeitete, gab zu, Pläne und Fotos der schwedischen Radaranlagen an die Sowjets verkauft zu haben.

So sind sie wirklich:

Mit dem Mercedes in die Illegalität

Das Schicksal emigrierter KP-Führer ist nie von heroischen Taten begleitet gewesen. Die Mehrzahl genoß in den kommunistischen Ländern ein Rentner-Dasein, unterdessen die Moskauer Zentrale die politischen Aufgaben der Emigranten mit anderen, meist Untergrund-Mitteln, weitertrieb.

Dem Führer der nun über Nacht endgültig in den Untergrund gegangenen KPD, Max Reimann, ist es nicht anders ergangen. Mit Reimann hatten die Sowjets einen Mann an die Spitze der westdeutschen KP zu stellen geglaubt, der als Werftarbeiter und Bergmann geeignete Traditionen aufzuweisen hatte. Auch die Tatsache, daß Reimann als einer der wenigen Kommunisten, die nach 1945 zur Macht kamen, echte Widerstands-Meriten vorweisen konnte, gab ihm in der KPD eine Chance.

Im Apparat verdorben

Reimann wurde am 31. Oktober 1898 in Elbing/Westpreußen geboren. Als 18jähriger Werftarbeiter kam er in den Weltkrieg, mit dessen Beendigung er über die Soldatenräte zur USPD gelangte. Als eines der ersten KPD-Mitglieder wurde er von der Partei ins Ruhrgebiet geschickt, wo er zuerst als einfacher Bergmann, bald jedoch als Betriebsrat und KP-Funktionär Betriebszellen-Arbeit leistete. Max Reimann gehörte damals zu den angesehensten Arbeiterfunktionären. Der Kredit, den er sich damals erwarb, sollte ihm später den Start in Westdeutschland ermöglichen.

Erst der Apparat hat Reimann verdorben. 1931 wurde er KP-Sekretär für das gesamte Ruhrgebiet, damals nach Hamburg die wichtigste kommunistische Position. Rasch geriet er zwischen die Mahlsteine eines erbarmungslosen Cliquenkampfes, wurde in üble Partelfällen verwickelt und nur die Machtübernahme Hitlers vermochte — so tragisch die Zusammenhänge auch sind — den sich anbahnenden Machtkampf um Reimanns Posten zu beenden. Ulbricht, Pieck und die

MAX REIMANN



Mehrzahl der ZK-Mitglieder flohen ins Ausland, von wo aus sie Reimann mit der „Leitung aller kommunistischen Betriebszellen in ganz Deutschland“ betrauten. Noch einmal zeigte sich der alte Reimann, den nur der Apparat verdorben hatte: Als einer der wenigen KP-Führer vermochte er bis 1939 illegale Arbeit zu leisten, bis ihn die Protektorspolizei im März 1939 beim Grenzübergang von der Tschechoslowakei nach Polen verhaftete. Bis 1945 hielt ihn die Gestapo in Sachsenhausen gefangen. In Brandenburg begann Reimann wieder als kleiner KPD-Sekretär.

Alle Chancen verspielt

Heute gibt es zwei Biographien von Reimann. Die eine versetzt ihn unmittelbar nach seiner Befreiung ins Ruhrgebiet, die andere vermerkt seine Tätigkeit im sowjetzonalen Brandenburg. Die SED hat immer Wert darauf gelegt, ihn als „Westdeutschen“ zu deklarieren. Es gab einen Reimann-Nimbus, der künstlich gezeichnet wurde. Reimann gab sich betont als „Arbeiter“, noch dann, als seine ostzonalen Ge-

nossen bereits Minister waren. Dann aber hatte er alle Chancen verspielt.

1946 war er noch KP-Sekretär im Ruhrgebiet, 1947 führte er bereits die KP der britischen Zone, 1948 den ganzen Apparat. Ulbricht beauftragte ihn mit der „Reorganisation“ der Partei. Damit aber begann das Ende der KPD. Reimann deckte die aus Ostberlin eingeschleusten Untergrundspezialisten, ließ seinen Stellvertreter Kurt Müller den Sowjets in die Hände spielen, „säuberte“ ganze KP-Leitungen und verlegte sein Domizil monatweise nach Ostberlin.

Man mag Reimann beurteilen, wie man will. Fest steht, daß er noch 1949 die Möglichkeit besaß, sich Ulbricht gegenüber in spezifisch westdeutschen Belangen zu behaupten. Erst die völlige Unterwerfung unter das SED-Politbüro entzog ihm das oftmals blinde Vertrauen der westdeutschen Kommunisten. 1953 verlor die KPD ihre Bündestagsmandate, 1954 ging die Partei praktisch in die Illegalität, 1955 existierten nur noch Schein-Büros, und 1956 hat die Partei aufgehört zu bestehen.

Je schwächer seine Partei wurde, um so eindringlicher entwickelte sich Reimann zum Funktionär des SED-Zentralkomitees. Zuletzt erschien er nur noch im Mercedes 220 zu einigen wenigen KP-Versammlungen, verlor den ideellen Kontakt zu seinen eigenen Genossen und zog schließlich, anstatt den Richtern über die KPD entgegenzutreten, endgültig nach Ostberlin. Sein Sohn flüchtete aus der Zone, nachdem er als FDJ-Sekretär Unterschlagungen beging, und bot sich den Amerikanern gegen seinen Vater an. Andere Affären ähnlicher Art machten Reimann moralisch bei seinen Genossen unmöglich. Heute ist er ein politisch toter Mann. Und schon mehren sich die Stimmen, die aus optischen Gründen für seine Amtsentsetzung plädieren. Eine kommunistische Laufbahn endet ohne Ruhm...

Der Fall Kreszentia Mühsam

Ulbricht fürchtet die Schatten der Vergangenheit

Unfaßbare Verbrechen haben die heutigen SED-Führer in der Zeit ihrer Moskauer Emigration auf sich geladen, unmenschliches Leid über Tausende deutscher Kommunisten und Antifaschisten gebracht. Viele jener Greuelstaten, die heute kollektiv Stalin zugeschrieben werden, haben im Kominternbüro der Ulbricht und Pieck begonnen. Eine davon ist der Fall Kreszentia Mühsam. Nur wenige werden in diesen Tagen eine kleine Notiz der SED-Presse gelesen haben, wonach „die Witwe des Dichters Mühsam, durch deren Verdienst der gesamte Nachlaß ihres Mannes gerettet und jetzt nach Deutschland übergeführt werden konnte“, nunmehr „ihren Lebensabend in der DDR verbringt“. Nur dem Wissenden zeigen sich hier die Schatten einer furchtbaren Vergangenheit.

Kreszentia — genannt Zenzl Mühsam — war die Gattin des von den Kommunisten gefürchteten und bemißtrauten Anarchisten Erich Mühsam, der 1934 im KZ Oranienburg ermordet wurde. Ihr war es gelungen, den gesamten Nachlaß Mühsams in die Tschechoslowakei zu bringen und dort eine Flugschrift über die Nazi-Greuelstaten herauszubringen. Noch in Prag traten die KPD-Emigranten an sie heran, um sie zu einer Verfälschung der anarchistischen Thesen Mühsams zu bewegen. Zenzl, die niemals die grundsätzliche Ablehnung vergessen konnte, die ihr Mann dem Regime Stalins entgegenbrachte, weigerte sich, mit den Ulbricht und Genossen zu verhandeln. 1935 wurde Zenzl Mühsam nach Moskau gelockt. Man versprach ihr, einen Band mit Gedichten und Essays ihres Gatten herauszubringen. Fast ein Jahr hielt man sie unter den verschiedensten Vorwänden fest. Zuletzt wohnte sie gemeinsam mit der Frau des von den Sowjets ermordeten KP-Führers Heinz Neumann in einem Seitenflügel des Komintern-Hotels, ohne Geld in einer primitiven Schlafkammer. 1936 wurde sie verhaftet.

„Sie sind eine Agentin!“

Man warf der einfachen, jeder Konspiration abholden Frau Spionage zugunsten einer Pariser Trotzlisten-Gruppe vor. Sie sollte sich als Kurier nach Moskau einschleichen und an einem Komplott zur Ermordung Stalins teilgenommen haben. Ulbricht und Pieck, die einem Schiedsausschuß der Komintern angehörten, bestätigten die unglaublichen Beschuldigungen. Der Leidensweg Kreszentia Mühsams, der 20 Jahre währen sollte, begann...

Sie erlebte die bestialischen Verhöre der GPU-Untersuchungsorgane während der großen Stalinschen Säuberung. Von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt, landete sie schließlich in einem Straflager im ewigen Eis. Vergeblich versuchten ihre in das westliche Ausland emigrierten Freunde etwas über ihr Schicksal zu erfahren. Etwa um 1942 verlor sich jede Spur.

Fast ein Todesurteil

1948 griff eine Pariser Zeitschrift den Fall Zenzl Mühsam auf und nannte erstmals die deutschen SED-Führer als Schuldige. Rasch veröffentlichten die Sowjets einen angeblich von Zenzl Mühsam stammenden Brief an eine Bekannte in Ostberlin-Pankow, in dem sie erklärte, zu krank für eine Heimreise zu sein. Tatsächlich war Frau Mühsam erst kurz zuvor aus dem Zwangsarbeitslager wegen völliger Auszehrung nach Moskau zurückgekehrt. Auf eine Anfrage der Sowjets jedoch, ob die SED Zenzl Mühsam aufnehmen wolle, erklärte Ulbricht — der Enthüllungen fürchtete —: „Es wird besser sein, Frau Mühsam zu diesem Zeitpunkt nicht nach Deutschland zu entlassen!“

Das Unfaßbare geschah: Die Stalinisten schickten Zenzl Mühsam achselzuckend wieder in das Straflager zurück. Der Sprach Ulbrichts kam einem Todesurteil gleich. Fast acht Jahre mußten vergehen, ehe man sich mit der Auflösung der Stalinschen Lager auch der Witwe Erich Mühsams entsann. Und wie die Sowjets bei diesem „Großbreinemachen“ auch einen Kurt Müller und einen Paul Merker nach Hause schickten — gleichgültig, ob dies Ulbricht

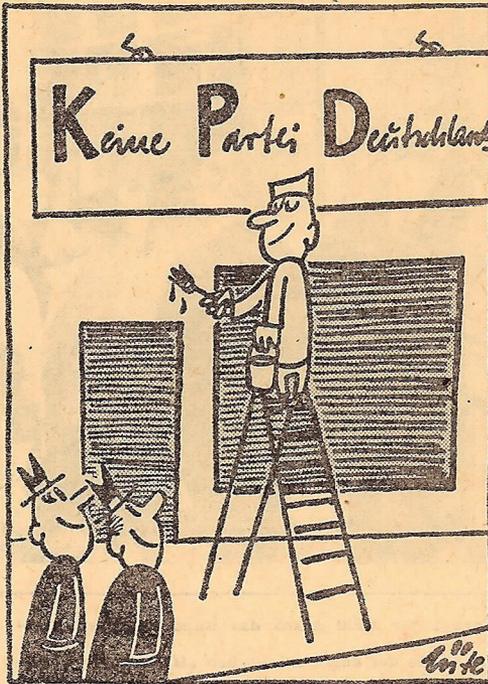
passen mochte — so kam auch Zenzl Mühsam in die Sowjetzone: Ein menschliches Wrack, von zwanzig Jahren furchtbarer Haft körperlich und seelisch zermüht. Was aber tat Ulbricht?

Die Sowjets hatten Frau Mühsam nicht mehr den Nachlaß ihres Mannes zurückgegeben. Statt dessen erhielt sie eine vom Moskauer Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut ideologisch „entgiftete“ Sammlung von Fotokopien, aus der man alle gefährlichen Schriften Mühsams entfernt hatte. Die SED aber erklärte plötzlich Kreszentia Mühsam zur „tapferen Antifaschistin, die mit Hilfe kommunistischer Freude den nunmehr heimgekehrten Nachlaß ihres Mannes gerettet hat“. Und: „Frau Mühsam wird ihren Lebensabend in Ruhe und Frieden in der DDR verbringen!“

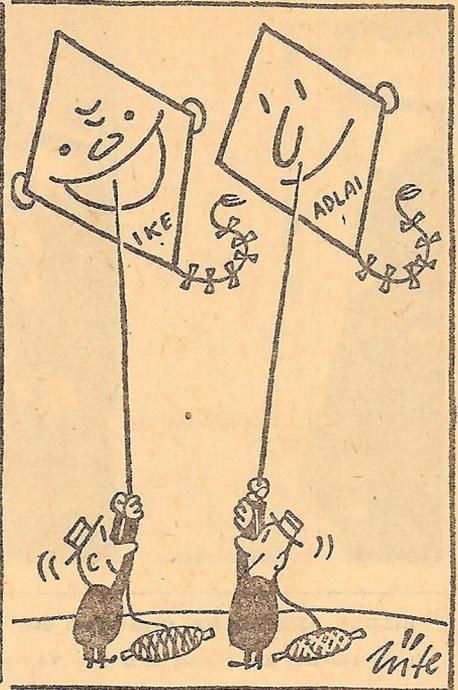
Kreszentia Mühsam wird nicht mehr die Kraft besitzen, gegen diese Darstellung anzukämpfen. Sie ist Menschen in die Hände gefallen, die sich von den Mörder ihres Mannes — jedenfalls in ihrer Sache — nicht wesentlich unterscheiden. Gleichsam aber ist ihr Schicksal stellvertretend für das vieler deutscher Antifaschisten, die in Moskau Schutz vor Hitler suchten und dort unbekannt geendet sind...

Kardinäle beim Katholikentag

Köln (DPA). Zum 77. Deutschen Katholikentag, der vom 29. August bis zum 2. September in Köln stattfindet, haben bereits die Kardinäle Micara (Rom), Piazza (Florenz) und Wendel (München) ihre Teilnahme zugesagt. Außer dem Apostolischen Nuntius, Erzbischof Dr. Aloysius Muench, werden auch die Erzbischöfe Dr. Jaeger (Paderborn), Dr. Seiterich (Freiburg), Dr. Rohracher (Salzburg), Alfrink (Utrecht), Keough (Baltimore) und Dr. Modrego (Barcelona) nach Köln kommen. Der Erzbischof von Nanking, Yu Pin, will im Sommer Deutschland besuchen und ebenfalls am Katholikentag teilnehmen. Ihre Teilnahme zugesagt haben außerdem 27 Bischöfe aus Deutschland und dem Ausland.



Ohne Kommentar

Parteikonvente in Amerika:
„Wollen mal sehen wer höher steigt“

Nuschke an der Spitze

(Fortsetzung von Seite 2)

Empörung gestellt hat. Vielleicht hatte er das nötig. Jedenfalls aber hat er wieder einmal gezeigt, daß er die Schule des Mitläufertums mit Auszeichnung besucht und sich zu einem Prachtexemplar der volksdemokratischen Umerziehung entwickelt hat. Die Richter, die er bedroht und deren erster Präsident Dr. Höpker-Aschoff war, mit dem er einmal in der Demokratischen Fraktion des Preußischen Landtages freundschaftlich verbunden war, — diese Richter stehen turmhoch über der charakterlichen Unzugänglichkeit, die in Otto Nuschke Ereignis geworden ist.

Man kann nur annehmen, daß dieser früher so biedere Demo-

krat nicht mehr recht weiß, was er redet. Das wußte er schon damals nicht, als er — es war Anfang 1949 — feierlich versicherte, er lehne die Einheitsliste für die Wahlen in der Zone entschieden ab; als alter Demokrat werde er das nicht mitmachen, sondern alle seine Ämter niederlegen. Nuschke hat weder das eine noch das andere getan, sondern wenig später versicherte er ebenso feierlich, daß Wahlkampf Unsinn und die Einheitsliste das einzig Richtige sei. Mit einem so über alle Maßen gelehrigen Schüler, der auf Kosten seines Charakters selbst seine Meister übertrifft, kann man nicht mehr diskutieren, am wenigsten an dem gesamtdeutschen Tisch. Dazu gehören andere Qualitäten.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1,
Druck: W. Büxenstein, GmbH.
Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Nach dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht besetzte die Polizei z. B. das Verlagsgebäude der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“. — Unten: Dieser „künstliche Mond“ kommt zur Industrie-Ausstellung nach Berlin.

Das naturgetreue Modell wurde in den Laboratorien der US-Marine konstruiert.

